

Editorial

Die internationalen Beziehungen und die internationale Sicherheitspolitik haben sich mit dem Ende des Kalten Krieges tiefgreifend verändert. Während bis an das Ende der 1980er-Jahre die Blockkonfrontation der beiden Supermächte USA und Sowjetunion das weltweite politische Geschehen und demzufolge auch die Sicherheitslage beherrschte, bestimmt nun eine Vielzahl von Akteuren und komplizierten Konfliktlinien die internationalen Beziehungen. Der Sicherheitsbegriff hat sich dadurch über die politisch-militärische Dimension hinaus auf soziale, ökonomische und ökologische Aspekte erweitert.

Die schrecklichen Ereignisse vom 11. September 2001 haben die Welt vor neue und globale sicherheitspolitische Herausforderungen gestellt. Spätestens mit den Anschlägen in Madrid und London hat der fundamental-islamistisch motivierte Terror auch Europa erreicht. Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union, deren Erfordernis spätestens seit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien deutlich wurde, hat neben den USA auch die Europäische Union mit einer Sicherheitsstrategie auf die neuen Bedrohungen reagiert.

Fast täglich gehen Bilder und Nachrichten von neuen und alten Konfliktherden der Welt durch die Medien. Der 11. September 2001 und die folgende Kette von Terroranschlägen, die Kriege in Afghanistan und im Irak, aber auch Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo oder mit dem Iran sind schon allein deshalb im Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler. Die komplizierten weltpolitischen Vorgänge sind für Schüler *aller* Klassenstufen erklärungsbedürftig, auch wenn das Thema internationale Beziehungen vor allem in den Bildungsplänen für die gymnasiale Kursstufe verankert ist.

Politik & Unterricht widmet diese Themenausgabe den vier zentralen Akteuren der derzeitigen Weltpolitik: Den Vereinigten Staaten von Amerika, den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und nicht zuletzt China als der Weltmacht im Werden. Dabei werden die internationale Politik der großen Mächte, ihre Beiträge zur Friedenssicherung und zur Konfliktbewältigung sowie die Struktur der internationalen Organisationen wie der UNO und der NATO dargestellt. Auch sicherheitspolitische Herausforderungen werden anhand von vergangenen und aktuellen Konflikten exemplarisch erarbeitet. Mit diesen Materialien können nicht nur die Aspekte Friedenssicherung durch Demokratisierung oder die Menschenrechtsproblematik diskutiert werden, sondern auch weltpolitische Konzepte wie das der »Good Governance«. All dies sind wichtige und hochaktuelle Themen im Versuch der Schaffung einer Weltzivilisation, die langfristig den Zusammenprall der Kulturen verhindern will.



*Lothar Frick
Direktor der LpB*



*Dr. Reinhold Weber
Geschäftsführender Redakteur*

»Kulturelle Vielfalt – gemeinsame Werte« Jahresschwerpunkt 2007

Das Zusammenleben in Baden-Württemberg ist geprägt von kultureller Vielfalt: Menschen unterschiedlicher Herkunft mit unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Religionen arbeiten, lernen und leben miteinander in den Städten und Gemeinden unseres Landes. Für viele Menschen ist diese Vielfalt längst zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Sie schätzen sie als Bereicherung für das eigene Leben und als Teil einer lebendigen Gesellschaft. Gelegentlich erfahren wir die Begegnung mit dem Anderssein aber auch als irritierend und konfliktuell. Im gemeinsamen Dialog liegt die Chance für einen konstruktiven Umgang mit Differenz und für das Erkennen von Gemeinsamkeiten. Toleranz und Verständnis erwachsen nicht aus Gleichmut, sondern aus der Grundhaltung »wir wollen etwas miteinander zu tun haben«. Das

Grundgesetz und seine Werte bilden dabei die gemeinsame Basis für das demokratische Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Der Jahresschwerpunkt der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg »Kulturelle Vielfalt – gemeinsame Werte« bietet mit einer Fülle von Veranstaltungen, Publikationen und Projekten vielfältige Zugänge, um mehr über andere Kulturen zu erfahren, Menschen mit anderem kulturellem Hintergrund zu begegnen und in einen konstruktiven Austausch zu treten.

www.lpb-bw.de/kulturellevielfalt

Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Die weltpolitische Lage hat sich seit den furchtbaren Terroranschlägen vom 11. September 2001 und den nachfolgenden Anschlägen – weltweit und auch in Europa – dramatisch verändert. Kriege, Konflikte und Bedrohungen bestimmen seither die Szenerie der internationalen Politik: die Kriege in Afghanistan und im Irak, (Atom-)Konflikte mit Iran und Nordkorea, schließlich ein weltweit aktiver, fundamentalistisch motivierter Terrorismus, der auch die hiesigen sicherheitspolitischen Diskussionen massiv verändert hat. Neben den Vereinigten Staaten als Weltmacht, deren internationale Politik sich seit »9/11« grundlegend gewandelt hat, sind die weltpolitischen Akteure dabei, ihre Rolle neu zu suchen und zu definieren: die Vereinten Nationen, die Europäische Union, nicht zuletzt auch China, das als kommende politische und ökonomische Weltmacht in aller Munde ist. Im Rahmen der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik hat sich auch die Rolle des wiedervereinigten Deutschlands verändert – deutsche Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan, in der Demokratischen Republik Kongo und in anderen Krisenherden der Welt belegen dies.

Ein guter Teil der heutigen Schülerinnen und Schüler hat die Ereignisse vom 11. September 2001 und deren unmittelbare Folgen gar nicht bewusst erlebt. Dennoch fordern die oft schrecklichen Bilder und Nachrichten, die fast täglich durch die Medien gehen, zu Fragen heraus: Wie kam es eigentlich zur derzeitigen Lage im Irak? Wer ist Osama bin Laden? Wieso sind deutsche Soldaten zu friedenssichernden Einsätzen im Ausland? Welche Chancen haben weltweite Friedenssicherungssysteme?

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg dankt der Landeszentrale für politische Bildung, dass sie sich in ihrer seit langem bewährten Zeitschriftenreihe »Politik & Unterricht« des Themas »Internationale Beziehungen« annimmt. In Ergänzung zu den Schulbüchern ermöglicht das vorliegende Themenheft den Lehrerinnen und Lehrern des Landes einen Unterricht, der Bezug zur politischen Aktualität und zu den Hintergründen der jeweiligen Konflikte und Probleme hat. Natürlich wird dabei auch die Kontroversität unterschiedlicher Interessen und wissenschaftlicher Standpunkte dargestellt. Dem Heft ist ein intensiver Gebrauch im Unterricht zu wünschen – die umfangreichen Unterrichtsmaterialien und die oft weiterführenden Arbeitsvorschläge sprechen dafür.

*Gernot Tauchmann
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg*



AUTOR DIESES HEFTES

Prof. Dr. Ingo Juchler lehrt an der Pädagogischen Hochschule Weingarten Politikwissenschaft und ihre Didaktik und ist Direktor des Zentrums für politisch-ökonomische und ethische Bildung. Seine Forschungsschwerpunkte sind neben der Didaktik der politischen Bildung die Bereiche Internationale Beziehungen, Demokratietheorie sowie Interkulturalität.

Internationale Beziehungen

USA – UNO – EU – China

●●● EINLEITUNG

Die Themen internationale Politik, internationale Sicherheit und Außenpolitik beherrschen tagtäglich die Medien. Die aktuellen Ereignisse wie auch die der vergangenen Jahre – sei es der 11. September 2001 oder der Irak-Krieg –, welche die derzeitigen Probleme der internationalen Politik bestimmen, sind auch den Schülerinnen und Schülern selbstredend präsent. Auf der anderen Seite steht das gedämpfte Interesse der Bevölkerung an Themen der internationalen Politik. Es steht im Kontrast zu der gewachsenen internationalen Verantwortung, die Deutschland seit der Wiedervereinigung zukommt. Untersuchungen kamen in diesem Zusammenhang zu dem Ergebnis, dass bei der deutschen Bevölkerung eine Provinzialisierung der Perspektive und ein Rückzug auf den Nahbereich zu konstatieren sei – das Interesse der Bevölkerung an internationaler Politik habe in den letzten Jahren nachgelassen. Angesichts der neuen Rolle, die Deutschland auf dem internationalen Parkett spielt, scheint demnach ein Wandel im Verständnis für Fragen der internationalen Politik in Deutschland nötig zu sein.

Zur Konzeption dieses Heftes

Die Beziehungen zwischen den Staaten sind überaus mannigfaltig, sodass im politischen Unterricht bei der Behandlung des Themas internationale Beziehungen eine didaktische Reduktion vonnöten ist. Bei der Konzeption dieses Heftes spielte deshalb insbesondere die Überlegung eine Rolle, welche Bereiche der internationalen Beziehungen gegenwärtig wie auch prospektiv für die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler bedeutsam sind. Vor diesem Hintergrund wurde das Heft in die Bausteine USA, UNO, EU und China gegliedert.

Die Vereinigten Staaten sind die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts einzig verbliebene militärische Supermacht, die darum bemüht ist, durch ihre Außenpolitik die internationale Ordnung entscheidend zu prägen. Entsprechend ist die amerikanische Weltpolitik auch von großer Bedeutung für die UNO, welche als globale Organisation die internationale Politik zu ordnen bzw. zu verrechtlichen sucht. Bei diesem Unterfangen erhält die UNO von Seiten der EU starke Unterstützung. Die EU hat als supranationale Organisation

inzwischen ein außenpolitisches Profil entwickelt und versteht sich als globaler Akteur, der den Herausforderungen der internationalen Beziehungen eigenständig begegnet. Schließlich stellt China aufgrund seiner wirtschaftlichen Dynamik wie auch aufgrund seines internationalen politischen Agierens eine Weltmacht im Werden dar, welche die internationale Politik zwar bereits heute mitprägt, in Zukunft jedoch wohl noch entscheidender bestimmen wird. Andere für die internationalen Beziehungen relevante Staaten wie die einstige Supermacht Russland oder das aufstrebende Schwellenland Indien konnten hier schlicht aus Platzgründen nicht ausführlicher Erwähnung finden. Es bleibt der Lehrkraft selbstverständlich unbenommen, dies im Unterricht zu berücksichtigen.

Internationale Politik vor neuen Herausforderungen

Mit dem Niedergang der kommunistischen Regime in der Sowjetunion und in den anderen Staaten des Ostblocks ging das Ende des Ost-West-Konflikts einher, der seit der Nachkriegszeit die Struktur der internationalen Beziehungen maßgeblich geprägt hatte. Die Hoffnungen auf eine neue kooperative Weltordnung, wie sie Präsident George Bush im Jahre 1990 vor dem US-amerikanischen Kongress zum Ausdruck gebracht hatte, wurden jedoch mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zerstört. Die ordnungspolitische Zwischenzeit des Jahrzehnts nach dem Ende des Ost-West-Konflikts fand damit ein jähes Ende. Die internationale Politik sieht sich nun zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor gänzlich neuen Herausforderungen.

Die neuen Fährnisse und Unwägbarkeiten in der internationalen Politik rühren jedoch nicht allein von der neuartigen Dimension der Bedrohung der westlichen Welt durch den internationalen, fundamental-islamistisch geprägten Terrorismus. Nach dem Ende der Herausforderungen durch die Sowjetunion und ihrer Bündnispartner ist dem Westen auch die eherne Klammer abhanden gekommen, welche die westliche Staatenwelt in der bipolaren Weltordnung zusammengehalten hatte. Zwar war die Unterstützung der USA nach den Terroranschlägen vom 11. September in der westlichen Welt einhellig – die NATO verkündete erstmals in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags und die USA hatten keine Schwierigkeiten, für ihre Militärintervention in Afghanistan auch Unterstützung durch westliche Staaten zu erhalten. Doch traten im Vorfeld des von den USA geführten Krieges gegen den Irak Risse im westlichen Bündnis offen zutage.

Amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September

Der Irak-Krieg ist der erste Krieg, der unter dem Signum eines neuen amerikanischen außenpolitischen Paradigmas geführt wurde. Im Rückblick stellt er sich als Präzedenzfall für eine neue außenpolitische Strategie dar, die gemeinhin als »Bush-Doktrin« bezeichnet wird. Diese Doktrin wird in ihrer politischen Reichweite inzwischen bereits mit der Truman-Doktrin vom März 1947 verglichen. Die Truman-Doktrin hatte mit ihrem universalen Anspruch und ihrer Zwei-Lager-Theorie den Anfang der Eindämmungspolitik (»containment«) gebildet und war damit ein grundlegender Bestandteil des Kalten Krieges. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war sie über Jahrzehnte hinweg die bestimmende US-amerikanische Strategie im Umgang mit der Sowjetunion.

Präsident George W. Bush hatte seine Doktrin erstmals vier Monate nach dem 11. September 2001 in einer Rede an die Nation skizziert und dabei die Staaten Irak, Iran und Nordkorea als »Achse des Bösen« bezeichnet. Gleichzeitig signalisierte Bush die Bereitschaft, gegen diese Staaten gegebenenfalls auch präventiv militärisch vorzugehen. Ihren formalen Ausdruck fand diese Doktrin sodann in der im September 2002 von Präsident Bush vorgestellten neuen »National Security Strategy« der USA. In ihr wurden die Grundsätze festgelegt, nach welchen die US-Administration die Neuordnung der Welt vorantreiben will. Der Erhalt der militärischen Übermacht der Vereinigten Staaten gilt hierbei als Leitmaxime, welche sich vor allem gegen den etwaigen Aufstieg Chinas zum Konkurrenten richtet. Sogenannte Schurkenstaaten (»rogue states«), die Massenvernichtungswaffen besitzen, erwerben oder produzieren wollen und damit die Sicherheit der USA potenziell gefährden, sollen in Zukunft auch durch präventive Selbstverteidigung bekämpft werden. Ziel der *Nationalen Sicherheitsstrategie* ist es letztlich, eine internationale Struktur zu schaffen, in der amerikanische Normen universell gelten und die Washington auch ohne Einschränkungen durchsetzen kann.

Kontroversen um den Irak-Krieg

Zur Durchsetzung dieser Politik nehmen die USA nötigenfalls auch einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Prinzipien der Vereinten Nationen in Kauf. In der Charta der Vereinten Nationen gelten das auf die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gerichtete Prinzip des Gewaltverbots sowie das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Ein Waffeneinsatz ist gemäß der Charta der Vereinten Nationen nur auf der Grundlage eines Beschlusses durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen zur Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs rechtmäßig. Im Unterschied zur Intervention in Afghanistan wurde der Irak-Krieg allerdings auch ohne Mandatierung durch die UNO mit der Begründung durchgeführt, gegen die vermeintlichen Massenvernichtungswaffen des irakischen Diktators Saddam Hussein müsse präventiv vorgegangen werden. Mit dem Irak-Krieg kam somit erstmals die neue *Nationale Sicherheitsstrategie* zur Anwendung, wonach die USA auch unter Hintanstellung des Völkerrechts ihre vitalen Interessen verfolgen würden.

Dieses einseitige Vorgehen der Weltmacht führte zu politischen Zerwürfnissen auch mit westlichen Bündnispartnern, namentlich mit Frankreich und Deutschland. In der Folge sprach US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vom »alten Europa«, das sich den Vorhaben der USA widersetze, während sich das »neue Europa«, die vormaligen Ostblockstaaten des Kontinents, mit den Regierungen Großbritanniens, Spaniens und Italiens zu einer US-geführten »Koalition der Willigen« (Rumsfeld) zusammenschloss und in den Irak-Krieg zog. Russland und China sahen zusammen mit Frankreich, dem weiteren ständigen Mitglied im UN-Sicherheitsrat, und Deutschland nicht die Situation gegeben, dass sich die USA präventiv durch Militärschläge einer Gefahr durch den Irak erwehren müssten. Darüber hinaus hält die herrschende Auffassung der Völkerrechtler gegen einige angelsächsische Autoren eine präventive Selbstverteidigung für völkerrechtswidrig und verlangt für einen Militärschlag, dass sich die behauptete Gefahr erst in einem unmittelbar bevorstehenden Angriff materialisiert haben müsse.

Unilateralismus versus Multilateralismus

Die anlässlich des Irak-Krieges hervorgetretenen Risse in der westlichen Welt können als unterschiedliche Haltungen bezüglich des politisch-militärischen Vorgehens von Staaten in der internationalen Politik gekennzeichnet werden. Für die Staaten des »alten Europa« haben internationale Institutionen wie etwa die Vereinten Nationen und das Völkerrecht eine wegweisende Bedeutung. Für diese Staaten stellt deshalb ein ausgeprägter *Multilateralismus* das zentrale Charakteristikum ihrer Politik im internationalen Rahmen dar. Demgegenüber setzen die Vereinigten Staaten insbesondere auf ihre eigene politische und militärische Stärke, weshalb internationale Organisationen sowie das Völkerrecht für das Vorgehen der Supermacht in der internationalen Politik nicht maßgeblich bestimmend sind. Der amerikanische *Unilateralismus* im Vorfeld und während des Irak-Krieges stieß denn auch bei den westlichen Verbündeten des »alten Europa« auf vehemente Kritik.

Dieser Konflikt zwischen Staaten, die eine multilaterale Politik auf internationaler Ebene verfolgen, einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits wurde von Robert Kagan pointiert zum Ausdruck gebracht. Kagan gehört einer neokonservativen Denkschule an, die maßgeblichen Einfluss auf die Bush-Regierung hat. Die von Kagan vertretene zentrale These besagt, die gegenwärtigen transatlantischen Divergenzen seien Ausdruck tiefgreifender Unterschiede im Weltbild zwischen den starken Vereinigten Staaten von Amerika und einem vergleichsweise schwachen Europa. Daher rührten auch der Hang des »alten Europa« zum Multilateralismus und die ablehnende Haltung Europas gegenüber dem Unilateralismus einerseits, andererseits die Neigung der Vereinigten Staaten, nötigenfalls auch im Alleingang auf weltpolitischer Bühne zu agieren.

Die Vereinten Nationen

Nach dem Scheitern des Völkerbundes wurde mit der Gründung der United Nations Organization (UNO) zum zweiten Mal auf politikpraktischer Ebene der Versuch unternommen,

die Unordnung der internationalen Politik zu ordnen bzw. zu verrechtlichen und eine globale Organisation mit der Wahrung des Weltfriedens zu betrauen. Zwar hat die Organisation der Vereinten Nationen mehr als ein halbes Jahrhundert nach ihrer Gründung – am 24. Oktober 1945 trat ihre Charta in Kraft – ihre Zusammensetzung und Tätigkeitsfelder erheblich ausgeweitet. Von damals 51 Gründungsstaaten ist die UNO auf nunmehr 192 Staaten angewachsen. Doch hat ihre ursprüngliche Struktur mit der Charta der Vereinten Nationen als Grundlage, dem UN-Generalsekretär und dem Weltsicherheitsrat als wichtigstem Entscheidungsorgan nach wie vor Bestand. Deshalb besteht bei Beobachtern und Praktikern der internationalen Politik – unabhängig vom Urteil über die bisherige Arbeit der UNO und jenseits von tagesaktuellen Auseinandersetzungen wie dem Kosovo-Krieg (1999) und dem Irak-Krieg (2003) – Konsens darüber, dass die Organisation reformiert werden muss. Die Strukturen und Verfahren entsprechen nicht mehr den weltpolitischen Realitäten des 21. Jahrhunderts. Vor diesem Hintergrund ist auch das Bemühen deutscher Außenpolitik zu betrachten, einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat zu erlangen.

Der Konflikt um den Irak-Krieg auf dem Forum der UNO

In den Fokus der internationalen Politik geriet die Weltorganisation im Kontext der Auseinandersetzungen um ein militärisches Eingreifen im Irak im Frühjahr 2003. Nachdem der Irak im August 1990 Kuwait überfallen hatte und daraufhin nach einem erfolglos verstrichenen Ultimatum der Vereinten Nationen im Januar 1991 eine breite Koalition aus 28 Staaten unter der Führung der USA militärisch eingriff und Kuwait befreite (*»Operation Desert Storm«*), wurden dem Irak von der UNO einstimmig eine Reihe von Bedingungen diktiert. Darunter ist insbesondere die Kontrolle des irakischen Massenvernichtungsprogramms zu zählen. Die Vereinten Nationen wollten sicherstellen, dass der Irak atomare, biologische und chemische Waffen weder entwickelt noch herstellt oder erwirbt.

Für die Beurteilung der Legitimität eines Krieges gegen den Irak war denn auch die Einschätzung über den Erfolg der bisherigen internationalen Eindämmungspolitik gegenüber dem Irak entscheidend. Während im Frühjahr 2003 insbesondere Frankreich, Russland, China und Deutschland als Mitglieder des Sicherheitsrates Fortschritte in der Kooperation sowie Erfolge bei den Inspektionen der UNO und damit keinen ausreichenden Grund für ein militärisches Eingreifen sahen, erklärten die USA, Großbritannien, Spanien und Bulgarien, der Irak kooperiere nicht vollständig. In der Folge konnte dieser Konflikt nicht auf dem Forum des Weltsicherheitsrates gelöst werden. Die USA führten daraufhin am 20. März 2003 ohne vorherige Ermächtigung des Sicherheitsrates den militärischen Angriff auf den Irak durch.

Global Governance und Internationaler Strafgerichtshof

Die Vereinten Nationen bilden auf weltpolitischer Ebene ein Forum für die Entwicklung einer Weltordnungspolitik (*»global governance«*). Das politische Konzept von Global Governance besteht darin, dem Verhalten von Staaten, aber auch von anderen Organisationen, Unternehmen und Individuen durch einen Rahmen von Regeln Grenzen aufzuerlegen. Ziel ist dabei die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen für ein normgeleitetes Verhalten der verschiedenen Akteure bei politischen Konflikten. Als Beispiel hierfür kann die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) zur Verfolgung und Bestrafung der Urheber schwerer Menschenrechtsverletzungen angesehen werden.

Zwar wurde die Idee zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs bereits unter dem Eindruck der Tätigkeit der Internationalen Militärgerichtshöfe von Nürnberg und Tokio nach dem Zweiten Weltkrieg in den Vereinten Nationen diskutiert. Diese Vorstellungen konkretisierten sich jedoch erst in der Folge der Einrichtung der beiden Ad-hoc-Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien (1993) und für Ruanda (1994) durch die UNO. Das am 17. Juli 1998



Die Flagge der Vereinten Nationen.
192 Staaten der Welt sind Mitglied der UNO.

in Rom verabschiedete Statut des Internationalen Strafgerichtshofs beschränkt dessen Gerichtsbarkeit auf vier besonders schwere Verbrechen, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression. Dabei ergänzt der Internationale Strafgerichtshof die innerstaatliche Gerichtsbarkeit, deren Vorrang im Statut verankert ist. Gemäß dem Grundsatz der Komplementarität soll der Internationale Strafgerichtshof tätig werden, wenn sich nationale Strafverfolgungsinstanzen als unfähig oder unwillig erweisen, die Ermittlungen oder die Strafverfolgung ernsthaft durchzuführen.

Der Verabschiedung des Römischen Statuts gingen erhebliche Auseinandersetzungen unter den Delegierten voraus, die sich im Wesentlichen unter zwei Staatengruppen mit zwei unterschiedlichen Ansätzen hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung des Strafgerichtshofs zusammenfassen lassen. Eine Gruppe, die von den USA angeführt wurde, zeigte sich primär auf ihre nationale Souveränität bedacht und wollte dem Internationalen Strafgerichtshof das Tätigwerden möglichst erst mit der Einzelfallerlaubnis betroffener Staaten gestatten. Demgegenüber setzte sich eine zweite Gruppe »gleichgesinnter Staaten«, darunter sämtliche damalige Mitgliedstaaten der EU, aber auch Menschenrechtsorganisationen wie *amnesty international* für das Ziel eines möglichst effektiven und unabhängigen Internationalen Strafgerichtshof ein – eine Position, die sich letztlich auch bei der Schlussabstimmung über das Römische Statut durchsetzen konnte.

Im April 2002 hatten schließlich 60 Staaten ihre Ratifikationsurkunde zur Schaffung des Internationalen Strafgerichtshof bei den Vereinten Nationen hinterlegt – darunter sämtliche EU-Staaten (15) –, sodass das Statut zum 1. Juli 2002 in Kraft treten und der Internationale Strafgerichtshof als ständige Einrichtung mit Sitz in Den Haag eingerichtet

werden konnte. Im März 2003 wurden die ersten 18 Richter des Gerichtshofs vereidigt und inzwischen haben 100 Staaten das Statut von Rom ratifiziert. Die USA lehnen diese Einrichtung nach wie vor ab. Aber auch Staaten wie China, Indien, Russland, Irak, Iran, Nordkorea und die Türkei haben das Statut nicht ratifiziert.

Im März 2006 wurde schließlich der erste Angeklagte vor dem Internationalen Strafgerichtshof vorgeführt. Es handelt sich um Thomas Lubanga, Angehöriger des Hema-Volkes und Führer der »Union Kongolesischer Patrioten« sowie deren Miliz im Ostkongo. Lubanga wird vorgeworfen, eine der Hauptfiguren des Dauerkrieges zwischen Hema und Lendu zu sein. Dieser Krieg wurde wie alle Konflikte im Kongo durch Nachbarländer und durch den Kampf um Rohstoffe angefacht. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen fielen ihm seit 1999 etwa 60.000 Menschen zum Opfer. Der Miliz der »Union Kongolesischer Patrioten« werden Massaker an Lendu-Zivilisten, Massenvergewaltigungen, das Niederbrennen von Dörfern sowie die Rekrutierung von Kindersoldaten vorgeworfen. Mit der Überstellung Lubangas an den Internationalen Strafgerichtshof wurde eine neue Etappe zur Verrechtlichung der internationalen Beziehungen auf weltpolitischer Ebene eingeläutet.

Die Europäische Sicherheitsstrategie

Der Irak-Krieg hatte die Uneinigkeit der Europäer in außen- und sicherheitspolitischen Fragen augenfällig werden lassen – hier die Unterstützer der US-Position (u. a. Großbritannien, Spanien, Italien und zahlreiche osteuropäische Staaten), dort unter anderen Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg, Schweden und Österreich. Damit waren auch die Grenzen einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufgezeigt worden. Zur Behebung dieser Disharmonie in Fragen der internationalen Politik wurde in der Folge unter der Ägide des Hohen Vertreters für die europäische Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (*GASP*),



Zweieinhalb Stunden nach dem Ablauf des Ultimatums an Saddam Hussein kündigt US-Präsident George W. Bush am 19. März 2003 im Weißen Haus in einer Rede an die Nation einen umfassenden Krieg gegen den Irak an. Einen Tag später beginnen die Kampfhandlungen im Irak (Foto: CNN-Video).

des Spaniers Javier Solana, eine *Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)* erarbeitet und im Dezember 2003 verabschiedet. Im Unterschied zur *Nationalen Sicherheitsstrategie* der USA basiert die *ESS* auf einem erweiterten Sicherheitsbegriff. Dieser verdeutlicht, dass neben der klassischen Außen- und Verteidigungspolitik auch wirtschafts- und finanzpolitische, innenpolitische, staats- und völkerrechtliche, entwicklungspolitische, soziale und ökologische Aspekte eine wesentliche Rolle im veränderten internationalen Umfeld spielen. In der *ESS* werden fünf zentrale Sicherheitsrisiken für Europa angeführt: Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, Scheitern von Staaten und organisierte Kriminalität.

Vor diesem Hintergrund führt die Europäische Union seit Sommer 2006 einen von den Vereinten Nationen mandatierten Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo durch. Während des Einsatzes sollen die ersten freien und demokratischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit mehr als vierzig Jahren in dem afrikanischen Land abgesichert werden. Nach zahlreichen Bürgerkriegen und Kriegen unter Beteiligung fast aller Nachbarstaaten wird der Kongo nach einer Reihe von Friedensabkommen seit dem Juni 2003 von einer Übergangsregierung unter Präsident Joseph Kabila regiert. Das Ziel des europäischen Einsatzes ist es, eine gesicherte Durchführung der Wahl sowie die Akzeptanz des Wahlergebnisses durchzusetzen und zu demonstrieren, dass eine Störung des Wahlprozesses von der internationalen Gemeinschaft nicht akzeptiert würde. Damit kommt die Europäische Union auch der Bekämpfung der in der *ESS* angeführten Sicherheitsrisiken – regionale Konflikte, Scheitern von Staaten und organisierte Kriminalität – nach.

Bedrohung ersten Ranges: Der internationale Terrorismus

Die angeführten Divergenzen diesseits und jenseits des Atlantiks dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die westliche Welt auf den gleichen Werten wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und freie Marktwirtschaft gründet. Diese Werte werden vom internationalen Terrorismus in dramatischer Weise herausgefordert. In den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde dies der Weltöffentlichkeit augenfällig. Inzwischen ist deutlich geworden, dass diese Anschläge den Beginn einer vorgeblich religiös motivierten Terrorkette bildeten, deren Ende noch nicht erreicht sein könnte. Entsprechend wird sowohl in der *Nationalen Sicherheitsstrategie* der USA wie auch in der *Europäischen Sicherheitsstrategie* der EU der internationale Terrorismus als Bedrohung ersten Ranges erachtet. Zwar gab es diesen internationalen Terrorismus auch schon früher. Zu erinnern ist etwa an die Geiselnahme israelischer Sportler durch ein palästinensisches Kommando während der Olympischen Spiele 1972 in München. Doch nahm er am 11. September 2001 eine neue Dimension an. Die Anschläge in New York und Washington forderten mit mehr als 3.000 Toten einen noch nie da gewesenen und bisher auch nicht vorstellbaren Blut-zoll. Darüber hinaus waren die Angriffe auf die *Twin Towers* und das *Pentagon* nicht nur Massenmord, sondern sie wiesen sich auch durch eine starke Symbolkraft aus. Die Türme standen für all das, was insbesondere die islamistischen Kräfte

in der arabischen Welt an Amerika hassen – sie verkörperten Macht und Reichtum, die imperiale, globale, kapitalistische Vorherrschaft, und sie standen in der Stadt New York, dem vermeintlichen »heutigen Babylon«. Der internationale Terrorismus offenbart mithin ein Gefährdungspotenzial für die gesamte westliche Welt, auf das die internationale Sicherheitspolitik derzeit adäquate Antworten sucht.

Verbreitung von Massenvernichtungswaffen

Dasselbe gilt für die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Auch hier sieht sich die westliche Welt vor neue Aufgaben gestellt. Die Verhinderung der Herstellung und Verbreitung von biologischen, chemischen und Nuklearwaffen stellt eine zentrale Herausforderung für die internationale Politik dar. Diese richtet sich sowohl an nichtstaatliche Akteure wie etwa islamistische Terroristen als auch an einzelne Staaten, beispielsweise den Iran. Der Iran war einer der ersten Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags von 1970. Dieser Vertrag verpflichtet jedes Mitglied, das Nichtkernwaffenstaat ist, auf Entwicklung und Besitz von Atomwaffen zu verzichten, verbietet aber zugleich das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie. Jeder Vertragsstaat ist verpflichtet, mit der *Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO)* in Wien ein Sicherheitsabkommen zu schließen, das es der *IAEO* ermöglicht, die Nuklearaktivitäten eines Landes im Hinblick auf die Einhaltung seiner Verpflichtungen zu kontrollieren. Im Jahr 2003 musste der Iran zugeben, gegen seine Verpflichtungen aus seinem Sicherheitsabkommen verstoßen und über 18 Jahre hinweg ein geheimgehaltenes Nuklearprogramm verfolgt zu haben. Hierzu gehört der verdeckte Bau einer Urananreicherungsanlage, in der auch spaltbares Material zur Waffenproduktion hergestellt werden kann. Im Westen bestehen begründete Zweifel, ob das Nuklearprogramm des Iran ausschließlich friedlichen Zwecken dient. Frankreich, Großbritannien und Deutschland nahmen deshalb einen Verhandlungsprozess mit dem Iran auf, der dem Land die Möglichkeit für eine Rückkehr zur Vertragstreue und zur Ausräumung des international entstandenen Misstrauens eröffnen sollte. Vor dem Hintergrund der rigorosen politischen Haltung des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad sind allerdings die Erfolgsaussichten dieses Unternehmens fraglich.

China: Weltmacht im Werden

Die Volksrepublik China hatte niemals in ihrer Geschichte ein ähnlich globales Gewicht wie heute. Doch von Anbeginn vermutete die Welt bei ihr die Fähigkeit, eine globale Rolle zu spielen, denn schon bei der Gründung der Vereinten Nationen wurde für China ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat vorgesehen. Seitdem Deng Xiaoping die Volksrepublik im Jahre 1978 aus ihrer planwirtschaftlichen Starre gerissen hat, erlebt der Westen einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg Chinas, der die ökonomische und politische Wirklichkeit der Welt verändert. China hat im letzten Jahrzehnt nicht nur wirtschaftlich, sondern auch außenpolitisch und militärisch deutlich an Gewicht gewonnen. Weit verbreitet ist die Erwartung, dass China nicht nur zur neuen Weltmacht aufsteigt, sondern auch zum künftigen Herausforderer der globalen Führungsrolle der USA.

Geopolitik: China und das Verhältnis zu den USA

Aus amerikanischer Perspektive kann es keine strategische Option im Umgang mit einem erstarkenden China sein: Eine chinesische Hegemonie, eine *Pax Sinica* in Asien hinzunehmen und zu akzeptieren, dass Staaten in der Region sich mehr und mehr an ein aufsteigendes China anlehnen und amerikanischer Einfluss in der Region schwindet. Seit über einem Jahrhundert gibt es das grundlegende geopolitische Interesse der USA, die Hegemonie einer Macht in der Region zu verhindern – ein Interesse, das in der amerikanischen politischen Öffentlichkeit nur deshalb so selten ausgesprochen werden muss, weil es eine selbstverständliche, unhinterfragte Prämisse amerikanischer Weltpolitik ist. Dabei ist das rasante wirtschaftliche Wachstum in China von inneren Spannungen geprägt. Anzuführen ist an dieser Stelle insbesondere das soziale Stadt-Land-Gefälle. Des Weiteren hält die Kommunistische Partei nach wie vor die Zügel der Politik fest in der Hand. Eine Demokratisierung des Landes nach westlichem Vorbild ist derzeit nicht in Sicht. Oppositionsbewegungen wie die Studentenbewegung des Jahres 1989 werden rücksichtslos bekämpft, der Schutz der fundamentalen Menschenrechte ist weiterhin nicht gewährleistet.

Rohstoffpolitik versus Good Governance?

Seinem ökonomischen und politischen Gewicht entsprechend, tritt China als Nachfrager auf den internationalen Märkten für Öl und andere Rohstoffe auf. Die Volksrepublik ist inzwischen zum zweitgrößten Ölkonsumenten und zum drittgrößten Ölimporteur der Welt avanciert. Doch verlangt Chinas ungehemmt wachsende Industrie auch nach anderen Rohstoffen wie Kupfer, Zinn, Mangan oder Tropenholz. Diese riesige Nachfrage aus China hebt die Weltmarktpreise für Rohstoffe dauerhaft an. Vor dem Hintergrund seines hohen Rohstoffbedarfs wird die chinesische Außenpolitik zusehends davon bestimmt, die Nähe zu Ländern mit großen Rohstoffvorkommen zu suchen. Dies bringt die Volksrepublik in Konkurrenz zu den bereits etablierten Industriestaaten, allen voran den USA, aber auch zu Brasilien, Russland und Indien, die gleichfalls den Anschluss an die wohlhabenden Staaten suchen. China bemüht sich etwa um Öl aus Saudi-Arabien, Russland und anderen großen Anbieterstaaten, doch die von ihnen gebotenen Kapazitäten reichen nicht aus. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich China auch in Staaten mit schlechter Reputation in Fragen wie Menschenrechte, Korruption und Rechtsstaatlichkeit (»good governance«) umsieht. Dies betrifft den Sudan, Nigeria und andere afrikanische Staaten ebenso wie den Iran oder Usbekistan. Damit konterkariert die Volksrepublik oftmals die entwicklungspolitischen Bemühungen der europäischen Staaten, die sich durch wirtschaftliche und politische Sanktionsmaßnahmen für Good Governance einsetzen.

●●● BAUSTEIN A

AMERIKANISCHE WELTPOLITIK NACH DEM 11. SEPTEMBER 2001

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das *World Trade Center* in New York und auf das *Pentagon* in Washington führten zu einer Neujustierung der amerikanischen Außenpolitik unter der Präsidentschaft von George W. Bush. Die Schülerinnen und Schüler sollen die politische Relevanz der Ereignisse vom 11. September für die amerikanische Weltpolitik erfahren und die daraus resultierenden Folgen für die politischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu ihren Verbündeten und zur Weltorganisation der Vereinten Nationen erkennen. Übergeordnetes Ziel ist hierbei, dass sich die Lernenden der Neuerungen amerikanischer Außenpolitik seit dem 11. September bewusst werden und diese in ihrer Bedeutsamkeit für die amerikanische Weltpolitik reflektieren.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Die thematische Auseinandersetzung mit Fotografien von den Anschlägen auf die *Twin Towers* am 11. September 2001 (A 1) bietet den Lernenden die Möglichkeit, ihre diesbezüglichen Vorkenntnisse zu aktivieren und Voreinstellungen zur Thematik im Unterrichtsgespräch zu klären. Bei der anschließenden Erstellung einer Mind Map zum 11. September 2001 (A 2–A 3) können sie diese Vorkenntnisse sowie die während des vorausgegangenen Unterrichtsgesprächs erfahrenen Informationen sammeln. Die Schüler lernen dabei im gegenseitigen Austausch wichtige Schlüsselbegriffe zur Thematik kennen und üben, diese in strukturierter Weise grafisch darzustellen.

Die Beschäftigung mit den Texten zur Reaktion der Staats- und Regierungschefs aus aller Welt zu den Anschlägen am 11. September 2001 sowie mit der Erklärung des Bündnisfalles durch die NATO (A 4–A 6) ermöglicht den Schülern eine vertiefende Auseinandersetzung mit der politischen Bedeutung und Tragweite der Anschläge. Der Quellentext zum Nordatlantikvertrag, Artikel 5 (A 4), vermittelt den genuine Zweck des Bündnisses. Die Arbeit mit der Karte zu den NATO-Staaten (A 4) bietet den Schülerinnen und Schülern eine anschauliche Vergegenwärtigung der Mitgliedstaaten der NATO sowie die Klärung der Begriffe »Nordatlantikpakt« bzw. »atlantisches Bündnis«. Darüber hinaus wird hier die spezifische Vorgehensweise der amerikanischen Regierung gegen die *Taliban* mit Hilfe einer »Koalition der Willigen« im Kontext der jüngsten Geschichte Afghanistans transparent (A 5–A 6).

Bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Texten von Altbundeskanzler Helmut Schmidt und von dem Politikwissenschaftler Ernst-Otto Czempiel (A 8) erfahren die Schülerinnen und Schüler, dass die Vereinigten Staaten nach den Anschlägen vom 11. September 2001 von der erklärten

Beistandsverpflichtung der NATO-Bündnispartner keinen Gebrauch gemacht haben. Stattdessen griffen die USA bei ihrer Kriegführung in Afghanistan auf einzelne Partner zurück. Die Schüler erkennen, dass es den USA bei ihrem Verzicht auf die Einbeziehung der NATO insbesondere darum ging, ihre politische und militärische Handlungsfreiheit zu bewahren. Auf diese Weise können sich die Lernenden der für die gegenwärtigen internationalen Beziehungen bedeutsamen strategischen Grundhaltungen von Staaten – Unilateralismus und Multilateralismus (A 7) – anhand eines spezifischen Falles gewahr werden. Das in den Stellungnahmen von Helmut Schmidt und Ernst-Otto Czempiel beispielhaft dargelegte strategische Vorgehen der Vereinigten Staaten im Hinblick auf die militärische Intervention in Afghanistan ermöglicht mithin den Schülern, sich ein eigenständiges Urteil über diese Vorgehensweise und die dahinter stehende strategische Grundhaltung auch im Hinblick auf die Zukunft des atlantischen Bündnisses zu bilden.

Die Landkarte und die Angaben über Bevölkerung, Wirtschaftsleistung je Einwohner, Militärausgaben sowie die seitens des amerikanischen Präsidenten im Januar 2002 erhobenen Vorwürfe (A 9) vermitteln den Schülern die geografische, politische und soziale Lage derjenigen Staaten, die George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation als »Achse des Bösen« bezeichnete. Die kurzen politischen Porträts der Staaten Irak, Iran und Nordkorea heben die politischen Charakteristika sowie das von diesen Staaten ausgehende Gefährdungspotenzial insbesondere durch die Herstellung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen hervor. Auf diese potenziellen Gefährdungen geht der amerikanische Präsident in der auszugsweise vorgestellten Rede vom Januar 2002 ein und kündigt dabei an, diese künftig davon abzuhalten, die USA, deren Verbündete sowie den Weltfrieden insgesamt zu bedrohen. Durch den Arbeitsauftrag zur Selbstrecherche werden die Schüler aufgefordert, anhand weiterer Kriterien wie Müttersterblichkeit, Kinderunterernährung, Lebenserwartung, Menschenrechtssituation sowie Sozial- und Bildungspolitik selbstständig ihre Kenntnisse über die Staaten der »Achse des Bösen« zu erweitern und in einem Länderporträt zu dokumentieren.

Die Beschäftigung der Schüler mit dem SPIEGEL-Titelblatt »Die Bush-Krieger. Amerikas Feldzug gegen das Böse« (A 10) ermöglicht eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Thematik sowie den reflexiven Umgang mit politischen Bildern bzw. Karikaturen. Die Protagonisten des SPIEGEL-Titelblattes von links nach rechts: Colin Powell (damaliger US-Außenminister) wird als Batman dargestellt. Batman ist ein amerikanischer Comic-Held und erschien erstmals 1939 in einem Comic-Magazin. Batmans Überlegenheit basiert auf Intelligenz, Willenskraft, hartem Training und seinen technischen Hilfsmitteln. Batman ist eine Art maskierter Detektiv, der Verbrecher mit Mitteln jagt, die der Polizei nicht erlaubt sind. Donald Rumsfeld (US-Verteidigungsminister) erscheint als »Conan der Barbar«. In der Rolle von »Conan« wurde Arnold Schwarzenegger als Protagonist des gleichnamigen Fantasyfilms von 1982 zum Star. Als zentrales Element des Filmes werden unzählige blutige Schwertkämpfe

ausgefochten. Der amerikanische Präsident George W. Bush wird als »Rambo« in martialischer Kampfmontur bildmässig präsentiert. Der erste einer Reihe von »Rambo«-Filmen – in der Hauptrolle verkörpert durch Sylvester Stallone – lief im Jahre 1982 in den Kinos an und zeichnete sich wie seine Nachfolger durch exzessive Gewaltdarstellungen aus. Mittlerweile ist die Filmfigur »Rambo« zum geflügelten Wort avanciert, mit dem Menschen beschrieben werden, denen Gewalttätigkeit im Umgang mit anderen nachgesagt wird. Dick Cheney (US-Vizepräsident) tritt als »Terminator« auf, eine Figur einer Reihe von erfolgreichen Science-Fiction-Filmen mit Arnold Schwarzenegger als überstarkem Mensch-Maschine-Wesen in der Titelrolle. Auch diese Filme zeichnen sich durch eine exzessive Darstellung von Gewalt aus. Die damalige nationale Sicherheitsberaterin und heutige US-Außenministerin Condoleezza Rice wird als »Xena, die Kriegerprinzessin« dargestellt. Xena ist eine amerikanische Fernsehserie, die dem Fantasygenre zugerechnet wird und mit Versatzstücken aus der griechischen Mythologie spielt. Xena ist eine gnadenlose Kriegerprinzessin, die mit einer Bande von Gesetzlosen raubt, mordet und plündert. Später ändert sie ihr Leben und kämpft fortan für das Gute. Die politische Aussage dieses SPIEGEL-Titelbildes wird durch diese Darstellung der amerikanischen Regierung in Verbindung mit den Bildunterschriften verdeutlicht. Die Schüler können durch ihre Auseinandersetzung mit diesem SPIEGEL-Titelbild den reflexiven Umgang mit derlei Medien üben und in der Diskussion hierüber die eigene Urteilsfähigkeit anbahnen.

Der Autorentext (A 11) sowie der von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Benjamin R. Barber kommentierte wiedergegebene Brief von George W. Bush im Vorwort der *National Security Strategy (NSS)* (A 13) stellen die politisch-militärische Bedrohungswahrnehmung der US-Regierung vor und verdeutlichen die nunmehr mögliche Präventivkriegsoption (A 12) der amerikanischen Außenpolitik.

Durch die Beschäftigung mit Stefan Kornelius' Kommentar zur Bush-Doktrin (A 14) vertiefen die Schüler ihr Verständnis bezüglich der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA. Darüber hinaus lernen sie die Textsorte Kommentar von anderen zu unterscheiden und erhalten die Möglichkeit, selbst einen Kommentar zu der Thematik zu verfassen. Zur Vorbereitung dieser produktionsorientierten Aufgabe dient auch die Auseinandersetzung mit der Karikatur zum künftigen Platz der Vereinten Nationen in der »Neuen Weltordnung« (A 15).

●●● BAUSTEIN B

POLITIK AUF DER WELTBÜHNE: DIE VEREINTEN NATIONEN

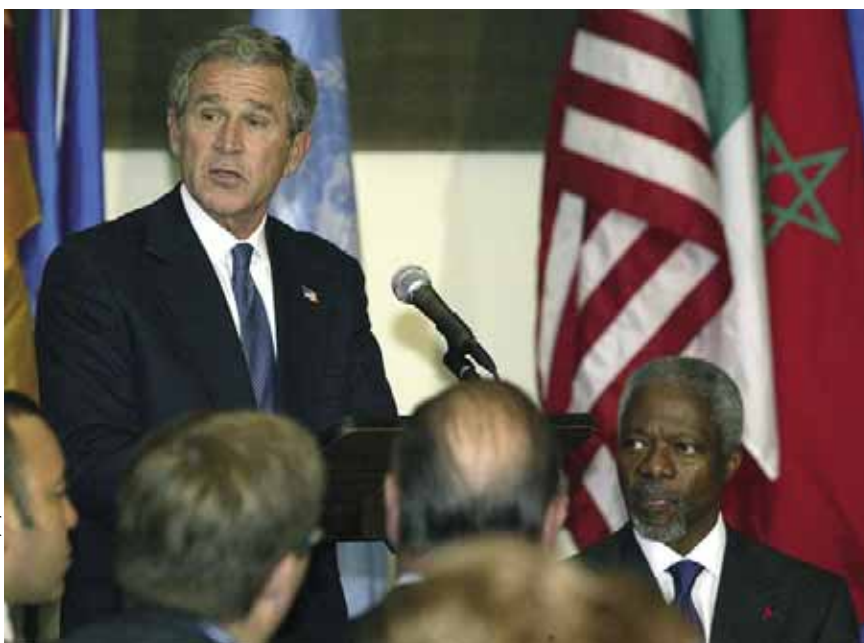
Die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) stellt die für die internationalen Beziehungen zentrale Institution auf weltpolitischer Ebene dar. In diesem Baustein werden die Funktionsweisen, Aufgaben und Ziele der Weltorganisation von den Schülerinnen und Schülern erarbeitet. Für die spannungsreiche Beziehung, die durch die in der Charta der UN festgelegten Prinzipien und der realen Politik einzelner Staaten entstehen kann, wird die Kontroverse um den Irak-Krieg im Jahre 2003 exemplarisch behandelt. Darüber hinaus können sich die Schüler mit dem Internationalen Strafgerichtshof auseinandersetzen, der unter der Obhut der UN inzwischen seine Arbeit aufnehmen konnte. Die Tätigkeit des Internationalen Strafgerichtshof kann dabei von den Lernenden als ein Schritt zur Verrechtlichung der internationalen Beziehungen wahrgenommen werden.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Die Fotoaufnahme, die den UN-Generalsekretär bei einer Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen zeigt, ermöglicht den Schülern die Wahrnehmung dieser Institution als eine Weltorganisation mit 192 Mitgliedstaaten (**B 1**). Artikel 2 der Charta verdeutlicht ein essenzielles Motiv zur Gründung der Vereinten Nationen – die Wahrung der territorialen Unversehrtheit ihrer Mitgliedstaaten und die Ablehnung kriegerischer Auseinandersetzungen. Durch die Arbeitsaufträge zu **B 1** werden die Lernenden aufgefordert, sich selbstständig mit der Institution der Vereinten Nationen, deren Zielen sowie deren wichtigsten Einrichtungen auseinanderzusetzen.

Im Vorfeld des Irak-Krieges von 2003 bildeten die Vereinten Nationen das weltpolitische Forum, auf dem die wesentlichen politischen Diskussionen um diesen Krieg geführt wurden (**B 2**). Bei der Beschäftigung mit dieser Thematik wird den Schülern die bereits im vorausgehenden Baustein dargelegte unilateral bestimmte Außenpolitik der USA und die damit einhergehenden Spannungen mit der Charta der Vereinten Nationen augenfällig. Entlang der Auseinandersetzungen im Vorfeld des Irak-Krieges lässt sich die politische Zielbestimmung der Vereinten Nationen als Forum für weltpolitische Problemlagen verdeutlichen. Darüber hinaus zeitigte die amerikanische Vorgehensweise, eigenständig eine »Koalition der Willigen« für den Krieg gegen den Irak zu schmieden, auch Rückwirkungen für die europäische Politik: Europa spaltete sich – nach dem provokativen Wort des US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld – in ein »altes« und ein »neues« Europa. Allerdings bröckelt die »Koalition der Willigen« inzwischen, wie der Karikaturist dies darstellt: Spanien hat mittlerweile seine Truppen vollständig aus dem Irak abgezogen, Italien und Polen kündigten jeweils den vollständigen Abzug ihrer Soldaten aus dem Irak bis Ende 2006 an.

Die Karte zur geostrategischen Lage des Irak und der Autorentext zur jüngeren politischen Geschichte des Landes bis zur heutigen Situation bieten den Schülern Orientierungswissen für eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem beispielhaften Fall des Irak-Krieges auf dem Weltforum der Vereinten Nationen (**B 3**). Hierzu dienen der Autorentext zur Stellungnahme des US-Außenministers Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat im Februar 2003 sowie die Darstellung des Politikwissenschaftlers Ernst-Otto Czempel über die Argumentation der Vereinigten Staaten bezüglich des von ihr geführten Krieges gegen den Irak (**B 4**). Den Schülern wird bei ihrer Auseinandersetzung mit diesen Texten insbesondere deutlich, dass die von Powell vor dem Weltsicherheitsrat vorgebrachten Argumente hinfällig sind und von diesem inzwi-



US-Präsident George W. Bush und UN-Generalsekretär Kofi Annan am Rande der UN-Vollversammlung am 23. September 2003. Bush verteidigt den Irak-Krieg vor den Vereinten Nationen.

schen selbst zurückgenommen wurden. Weiterhin wird der enge Zusammenhang zwischen der bereits thematisierten amerikanischen *Nationalen Sicherheitsstrategie* von 2002 und dem außen- und militärpolitischen Vorgehen der USA im Irak deutlich. Durch die Abfassung einer Erörterung zum militärischen Vorgehen der USA im Irak vor dem Hintergrund der Charta der Vereinten Nationen (Art. 2, Abs. 4 und Abs. 7 sowie Art. 51) sollen die Lernenden zur Reflektion der Spannung zwischen der amerikanischen Präventivkriegsoption und der UN-Charta angeregt werden.

Robert Kagans Essay (**B 5**) bringt die amerikanische Sichtweise bezüglich der Bedeutung militärischer Macht und deren Anwendung aus der Perspektive eines der Bush-Regierung nahestehenden Politikwissenschaftlers pointiert zum Ausdruck. Den Schülern wird bei der Untersuchung der Grafik (**B 6**) die Möglichkeit geboten, sich der unterschiedlichen Dimensionen der Rüstungs- und Verteidigungsausgaben der USA und Europas bewusst zu werden. Die Ausführungen des deutschen Politikwissenschaftlers Christian Hacke (**B 7**) verdeutlichen in direkter Auseinandersetzung mit der Position Kagans eine europäische Perspektive, die neben militärischen Aspekten auch weitere sicherheitspolitisch relevante Momente anführen. Die Schüler werden hier abschließend zur Erörterung der Frage aufgefordert, welche politische Bedeutung derzeit die USA und die EU jeweils der internationalen Institution UNO beimessen, wozu auch die Karikatur (**B 8**) herangezogen werden kann.

Bei ihrer Beschäftigung mit der von den Vereinten Nationen initiierten Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (**B 9–B 12**) lernen die Schüler die unterschiedlichen Positionen bezüglich dieser internationalen Institution kennen (vgl. auch Politik & Unterricht 2/2005: Menschenrechte, S. 43) und können diesbezüglich in einer abschließenden Pro-Contra-Debatte ihre eigene politische Auffassung darlegen und argumentativ begründen.

Die Vorstellung des Prozesses gegen den kongolesischen Milizführer Thomas Lubanga als Angeklagten vor dem Internationalen Strafgerichtshof lässt die Tätigkeit desselben für die Schüler exemplarisch konkret werden (**B 13**). Der hierbei vorzunehmende Bezug zum Verbrechen der Rekrutierung von Kindersoldaten ermöglicht den Schülern eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Thematik, wobei sie mit den Kindersoldaten Empathie üben und sich mit Hilfsmaßnahmen für diese beschäftigen können. Die Lernenden werden abschließend zur politischen Urteilsbildung über die gesamte Thematik aufgefordert.

●●● BAUSTEIN C

DIE AUSSENPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Europäische Union hat neben der erfolgreichen Integration im wirtschaftlichen Bereich inzwischen auch ein spezifisches außenpolitisches Profil erlangt. Die Lernenden können hier die Entwicklung der europäischen *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) nachvollziehen und sich mit den aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der EU, wie sie in der *Europäischen Sicherheitsstrategie* (ESS) dargelegt sind, auseinandersetzen. Die konkrete Umsetzung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU vermögen die Schülerinnen und Schüler exemplarisch anhand des Streits um das iranische Atomprogramm sowie der Entsendung europäischer militärischer Kräfte zur Absicherung der freien und fairen Durchführung von Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo zu erfahren.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Die Fotografien in **C 1** geben wichtige Stationen der Entwicklung hin zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union wieder. Der sich hieran anschließende einführende Autorentext stellt den politischen Weg zur heutigen *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) der EU vor, welcher in der Initiative für eine *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* (EVG) zu Beginn der 1950er-Jahre seinen Ausgang nahm und bis zur Verabschiedung einer *Europäischen Sicherheitsstrategie* (ESS) im Jahre 2003 führte (**C 2**). Zur Vergegenwärtigung dieses historischen Prozesses sollen die Schüler die wichtigsten Stationen dieser Entwicklung selbstständig erarbeiten und in einer entsprechenden Präsentation vorstellen.

In der sich anschließenden Beschäftigung mit der ESS sollen die Lernenden die darin festgehaltenen gegenwärtigen Hauptbedrohungen Europas – Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, das Scheitern von Staaten sowie die organisierte Kriminalität – in ihrer Bedeutsamkeit für die politische Gegenwart in Europa erkennen (**C 3**). Die Fotografien zu den Terroranschlägen in Madrid 2004 und in London 2005 sollen dieses Unterfangen visuell unterstützen. Auf dieser Grundlage erarbeiten sich die Schüler eine Vorstellung von der außenpolitischen Rolle, die sich die Europäische Union mit der ESS zuschreibt. Dabei können sie auch einen Vergleich zwischen der amerikanischen NSS und der ESS vornehmen.

Das Auswärtige Amt nimmt bei seiner Würdigung der ESS insbesondere Bezug auf die politischen Paradigmenwechsel der Jahre 1989 (Fall der Mauer, Beendigung des Ost-West-Konflikts) und 2001 (Terroranschläge in den USA) (**C 4**). Auf die dadurch veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen wollen die Mitgliedstaaten der EU in Zukunft gemeinsam reagieren. Der von Erich Reiter vorgestellte Paradigmenwechsel der EU bezieht sich auf das Selbstver-

ständnis des Staatenbundes, welches sich vor allem dadurch auszeichnet, dass sich die EU nunmehr als globaler Akteur versteht. Als supranationale Organisation, die eine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik betreibt und dabei die Organisation der Vereinten Nationen unterstützt, kann die EU hinfort auch zur Herausbildung einer multipolaren Weltordnung beitragen.

Über die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus hinaus werden in dem einführenden Text (C5) und in dem Interview mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier (C6) die Gefahren für die EU durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen am Atomprogramm des Iran verdeutlicht. Darüber hinaus wird den Schülern das außenpolitische Engagement der »EU-Drei« in diesem weltpolitischen Konflikt augenfällig, wobei die »EU-Drei« insbesondere durch das Angebot wirtschaftlicher Kooperation den Iran zum Einlenken zu bewegen suchen. Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad präsentiert in dem SPIEGEL-Interview seine Politik als friedlich (C7). Iran sei nicht am Bau von Atomwaffen interessiert, sondern nehme lediglich sein »legitimes Recht« – sein durch den Atomwaffensperrvertrag begründetes Recht zur friedlichen Nutzung der Atomenergie – wahr. Die von dem iranischen Präsidenten hier vertretenen politischen Positionen und historischen Darstellungen sowie insbesondere der am Schluss der vorgestellten Passage des Interviews vorgebrachte kryptische Hinweis auf inhaftierte Holocaust-Forscher bedürfen bei der Behandlung des Interviews im Unterricht einer ausführlichen Erläuterung durch die Lehrkraft. Gleichwohl können mit dieser Quelle den Schülern die bei politischen Verhandlungen durch die »EU-Drei« mit dem Iran auftretenden Schwierigkeiten nahegebracht werden. Die Gefahr für die Weltgemeinschaft, welche von dem iranischen Atomprogramm ausgehen kann, wird abschließend in zugespitzter Weise bildlich durch die Karikatur zum Ausdruck gebracht.

Am Beispiel des EU-Militäreinsatzes in der Demokratischen Republik Kongo wird der Umgang der Europäischen Union mit der in der ESS dargelegten Hauptbedrohung »Regionale Konflikte« verdeutlicht (C8–C10). Die Fotos sowie die Landkarte in C8 ermöglichen den Schülern einen anschaulichen Zugang zu dieser Krisenregion. Die auf der Karte eingetragenen Rohstoffvorkommen veranschaulichen zugleich, dass es sich bei der DR Kongo eigentlich um ein »reiches« Land handelt, was durch die eigenständige Erarbeitung und Erstellung einer Präsentation zu diesem zentralafrikanischen Land und der Frage nach den Interessen unterschiedlicher Mächte an diesem noch unterstrichen werden soll.

Die Beschäftigung mit den konkreten Hoffnungen der Menschen in der DR Kongo, welche diese mit den Wahlen verknüpfen (C9 und C10), verdeutlicht den Schülern die Bedeutung dieses außenpolitischen Engagements der EU. Die Lernenden erkennen hier weiterhin die Zusammenarbeit der internationalen Organisation der Vereinten Nationen mit der Europäischen Union. Zum Abschluss dieses Bausteins können die Lernenden zur aktuellen politischen Situation in der DR Kongo selbstständige Recherchen vornehmen.

●●● BAUSTEIN D

CHINA: WELTMACHT IM WERDEN UND DAS POLITIKZIEL VON GOOD GOVERNANCE

China ist *das* Schwellenland, das aufgrund seiner wirtschaftlichen Dynamik und seiner wachsenden Bedeutung in der internationalen Politik in Zukunft noch in verstärktem Maße seinen Einfluss auf der weltpolitischen Bühne geltend machen wird. Die Lernenden sollen sich deshalb zunächst mit der wirtschaftlichen Dynamik des »Reichs der Mitte« sowie – am Beispiel der Handelsbeziehungen mit Deutschland – mit deren Auswirkungen beschäftigen. Darüber hinaus können sich die Schülerinnen und Schüler mit dem politischen System der Volksrepublik vertraut machen. Die autoritären politischen Strukturen sind wiederum maßgeblich für das aggressive Auftreten Chinas auf dem internationalen Rohstoffmarkt. Die Lernenden sollen in diesem Kontext das spannungsreiche Verhältnis zwischen dem Politikziel von Good Governance und den chinesischen Bedürfnissen nach Rohstoffen erfahren.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Die Schaubilder D1 und D2 bieten politische und wirtschaftliche Grundinformationen zu China, der Weltmacht im Werden. Die dabei zum Ausdruck kommende wirtschaftliche Dynamik des »Reichs der Mitte« sowie die damit einhergehenden Folgen und Spannungen für die chinesische Gesellschaft werden durch das Foto D3 augenfällig. Eine Vertiefung dieser Thematik erfolgt durch den Ausspruch von Napoleon Bonaparte »*Lasst China schlafen. Denn wenn China erwacht, wird die Welt erzittern*« (D4). Die Aufforderung zur Erklärung, weshalb dieser Ausspruch auch heute noch Gültigkeit hat, ermöglicht den Lernenden, ihre Assoziationen, die sie mit der Entwicklung Chinas verbinden, sowie ihre diesbezüglichen Kenntnisse begrifflich zu fassen und zu artikulieren. Weiterhin erfahren sie durch ihre eingehende Beschäftigung mit D4 eine prospektive Einschätzung zur Entwicklung des »Reichs der Mitte«.

Zur Veranschaulichung der Auswirkungen der wirtschaftlichen Dynamik Chinas können sich die Schülerinnen und Schüler in D5 mit den Handelsbeziehungen zwischen der Volksrepublik und der Bundesrepublik Deutschland auseinandersetzen. Die konfliktträchtige Thematik, ob durch diese Handelsbeziehungen in Deutschland Arbeitsplätze verloren gehen oder ob die deutsche Wirtschaft von diesen Beziehungen nicht eher profitiert (oder beides), kann nach der Sammlung jeweiliger Argumente im Klassenplenum diskutiert werden. Die eigenständige Befragung von Unternehmen in der Region bezüglich deren Handelsbeziehungen zu China vermag die Motivation der Schüler zur Auseinandersetzung mit der Thematik zu steigern und eröffnet ihnen einen konkreten Einblick in die deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen.

Das Arbeitsblatt **D 6** fordert die Lernenden zur selbstständigen Beschäftigung mit dem politischen System der Volksrepublik, der Wirtschaft sowie der Menschenrechtssituation und der Lage ethnischer Minderheiten auf. Die Schüler sollen dabei eine Vorstellung von der wirtschaftlichen Wandlung Chinas bei gleichzeitiger Beibehaltung autoritärer politischer Herrschaftsstrukturen erlangen. In der Karikatur wird diese Thematik in bildlicher Gestalt vorgestellt.

Die wirtschaftliche Dynamik Chinas, kombiniert mit dem autoritären Führungsstil der Kommunistischen Partei, zeitigt auch geopolitische Konsequenzen, die mit der westlichen Politik in Konflikt geraten. Chinas Bedarf an Rohstoffen – vom Karikaturisten in **D 8** dargestellt –, welcher der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet ist, führt dazu, dass das »Reich der Mitte« auch vor dem Handel mit Staaten von überaus schlechter politischer Reputation im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte, Korruption und Rechtsstaatlichkeit nicht zögert (**D 7** und **D 9**). Dabei wird die westliche Politik, die sich um die Verbreitung von Good Governance in diesen Staaten bemüht, konterkariert

(**D 10**). Die Schüler können diese Problematik selbstständig durch Recherchen zum Fallbeispiel Sudan untersuchen. Hierdurch werden sie sich des Spannungsverhältnisses zwischen der chinesischen Energiepolitik und des von den westlichen Staaten geförderten Ziels der »guten Regierungsführung« bewusst.

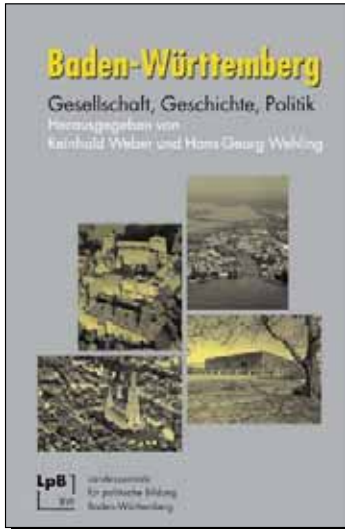
LITERATUR

- Bierling, Stephan: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1917 bis zur Gegenwart, München 2003.
- Buruma, Ian/Margalit, Avishai: Okzidentalismus. Der Westen in den Augen seiner Feinde, München/Wien 2005.
- Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München 2002.
- Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel 2003 in: <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>.
- Gareis, Sven/Varwick, Johannes: Die Vereinten Nationen, 3. Aufl. Opladen 2003.
- Hacke, Christian: Die USA als globaler Akteur, in: Die politische Meinung, Nr. 412, 2004, S. 31–36.
- Hillgenberg, Hartmut: Gewaltverbot: Was gilt noch?, in: Jochen Abr. Frowein/Klaus Scharioth/Ingo Winkelmann/Rüdiger Wolfrum (Hrsg.): Verhandeln für den Frieden. Liber Amicorum Tono Eitel, Berlin 2003, S. 141–165.
- Hilpert, Hanns Günther/Möller, Kay/Wacker, Gudrun/Will, Gerhard: China 2020. Perspektiven für das internationale Auftreten der Volksrepublik, Berlin 2005.
- Hoffmann, Hans-Viktor: Demoskopisches Meinungsbild in Deutschland zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Strausberg 1995.
- Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin 2003.
- Kamp, Karl-Heinz: »Preemptive Strikes«. Eine neue sicherheitspolitische Realität, in: Internationale Politik, Heft 6, 2004, S. 42–47.
- Rudolf, Peter: Die USA und der Aufstieg Chinas, Berlin 2006.
- The National Security Strategy of the United States of America 2002, in: www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf
- Wacker, Gudrun (Hrsg.): Chinas Aufstieg: Rückkehr der Geopolitik, Berlin 2006.

Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling (Hrsg.):

Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik.

Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg Bd. 34, Stuttgart 2006



Seit seiner Gründung im Jahr 1952 ist Baden-Württemberg einen erfolgreichen Weg gegangen. Aber das Land hat auch tiefgreifende Veränderungen erfahren – sei es in den Bereichen Föderalismus, europäische Einigung oder durch die Herausforderungen der Globalisierung und des demografischen Wandels der deutschen Gesellschaft.

Namhafte Autoren bieten eine politische Landeskunde zum deutschen Südwesten auf dem neuesten Stand. Grundlegend informiert wird über Geschichte, Politik, politisches System und politische Kultur, Geografie, Bevölkerung und Gesellschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Bildung,

Kultur und nicht zuletzt über Religionen und Konfessionen in Baden-Württemberg.

Der Grundlagenband zum „Ländle“ versteht sich als Studienbuch und als Nachschlagewerk.

Erhältlich gegen eine Schutzgebühr von **6.50 EUR** (zzgl. Versandkosten) per Fax 0711. 164099-77, über marketing@lpb.bwl.de oder Webshop: www.lpb-bw.de/shop



Baden-Württemberg entdecken!



**BADEN-WÜRTTEMBERG
MEMORY®**

Das beliebte Gedächtnisspiel zeigt Motive aus jedem der 35 Land- und 9 Stadtkreise. Zusätzliche Informationen zu den Kreisen und Motiven helfen beim Einstieg in die Landeskunde. Die bekannte Memory®-Spielform bietet Spaß für 2 bis 6 Personen aller Altersgruppen – auch und besonders für die Kleinen!

Mit dem Baden-Württemberg Memory® spielend das „Ländle“ kennen lernen und Anregungen für Ausflüge holen!

Exklusive LpB-Ausgabe – nicht im Spielwarenhandel erhältlich.

Zu bestellen gegen eine Schutzgebühr von **10.- EUR** (zzgl. Versandkosten) per Fax 0711. 164099-77, über marketing@lpb.bwl.de oder Webshop: www.lpb-bw.de/shop

